



**MEHR
ERFAHREN**

Von der Französischen
Revolution bis heute

Geschichte-KOMPAKT

Oberstufe



STARK

Inhalt

Vorwort

Das Zeitalter der Nationalstaaten 1

1	Das Zeitalter der Revolutionen und die Bildung der Nationalstaaten	2
1.1	Die amerikanische Revolution und die Gründung der Vereinigten Staaten von Amerika	2
1.2	Die Französische Revolution und die napoleonische Zeit ...	4
2	Restauration und Revolution 1814–1849	9
2.1	Der Wiener Kongress	9
2.2	Das System Metternich – liberale und nationale Bewegungen im Vormärz	12
2.3	Nationenbildung im 19. Jahrhundert	14
2.4	Die Revolution von 1848/49 in Deutschland	16
2.5	Die Frankfurter Nationalversammlung	18
2.6	Das Ende der Revolution	20
3	Politik, Gesellschaft und Wirtschaft in Deutschland und Europa bis 1871	21
3.1	Industrialisierung in Europa	21
3.2	Soziale Frage	23
3.3	Der Aufstieg Preußens zur deutschen Führungsmacht	26
3.4	Die Einigungskriege	28
3.5	Die Gründung des Deutschen Reichs	30



Deutschland und die Welt im Zeitalter des Imperialismus 33

1	Das deutsche Kaiserreich	34
1.1	Das politische System	34
1.2	Die wirtschaftliche Entwicklung	37
1.3	Die Gesellschaft im Kaiserreich	38
1.4	Bismarck als Reichskanzler	40
1.5	Der Zerfall des Bismarck'schen Bündnissystems	42

2	Imperialismus und Erster Weltkrieg	44
2.1	Imperialismus	44
2.2	Der Aufstieg der USA und Japans	46
2.3	Julikrise und Kriegsausbruch 1914	48
2.4	Der Erste Weltkrieg	50
2.5	Das Epochenjahr 1917	52
2.6	Die russische Oktoberrevolution und die Gründung der UdSSR	54



Deutschland und Europa zwischen

Demokratie und Diktatur

1	Die Weimarer Republik	58
1.1	Der Zusammenbruch der Mittelmächte und der Übergang zur Weimarer Republik	58
1.2	Die Neuordnung Europas	60
1.3	Verfassung und politisches System der Weimarer Republik	64
1.4	Die Krisenjahre	67
1.5	Innen- und außenpolitische Konsolidierung der Weimarer Republik	70
1.6	Die Weltwirtschaftskrise und ihre Folgen	72
1.7	Die Auflösung der Weimarer Republik	74
2	Der Nationalsozialismus	76
2.1	Die Grundlagen des Nationalsozialismus	76
2.2	Die „Machtergreifung“ Hitlers und die Etablierung des NS-Staates	78
2.3	Das NS-Herrschaftssystem	80
2.4	NS-Wirtschaftspolitik und Wiederaufrüstung	82
2.5	NS-Sozialpolitik	84
2.6	NS-Außenpolitik	86
2.7	Der Weg in den Zweiten Weltkrieg	88
2.8	Der Verlauf des Zweiten Weltkriegs	90
2.9	Die Kriegskonferenzen	93
2.10	NS-Rassenpolitik und Judenvernichtung	96
2.11	Widerstand	98



Deutschland und die Welt nach 1945 101

1	Deutschland nach 1945: geteilt – vereint	102
1.1	Das Kriegsende: Deutschland in der Stunde „Null“	102
1.2	Die Potsdamer Konferenz	104
1.3	Der Zerfall der Siegerkoalition und die Spaltung Deutschlands	106
1.4	Die Gründung der beiden deutschen Staaten	108
1.5	Die Verfassung der Bundesrepublik	110
1.6	Die Entwicklung des Parteiensystems	112
1.7	Grundsatzentscheidungen der 50er-Jahre	114
1.8	Deutschland im Kalten Krieg	116
1.9	Die wirtschaftliche und politische Konsolidierung in der Ära Adenauer	118
1.10	Die Entwicklung der DDR zum totalitären Staat	120
1.11	Die Bundesrepublik in den 60er-Jahren	122
1.12	Von der sozialliberalen Koalition zur Ära Kohl	124
1.13	Die DDR nach dem Mauerbau	127
1.14	Die Revolution in der DDR und die deutschen Einheit	130
2	Brennpunkte und Entwicklungen in der bipolaren Welt	132
2.1	Der Aufstieg der Sowjetunion zur Führungsmacht	132
2.2	Der Aufstieg der USA zur Führungsmacht des Westens ...	134
2.3	Kommunistische Expansion und Kalter Krieg	136
2.4	Das Zeitalter der Entspannung	138
2.5	Der Zerfall der Sowjetunion	139
3	Europa	141
3.1	Die europäische Integrationspolitik	141
3.2	Die Europäische Union	144
4	Brennpunkte und Entwicklungen der Gegenwart in historischer Perspektive	146
4.1	Das Ende des Kolonialismus	146
4.2	Die Entstehung neuer Machtzentren in Asien	148
4.3	Die islamische Welt und der Nahost-Konflikt	150
4.4	Der Balkan als Konfliktherd	152
4.5	Die Welt zu Beginn des 21. Jahrhunderts	153
	Stichwortverzeichnis	157



Autor: Ulrich Winkler

Vorwort

Liebe Schülerinnen und Schüler,

dieser Band aus der Reihe „Kompakt-Wissen“ bietet einen Überblick über alle wichtigen Fakten und Zusammenhänge der historischen Entwicklung Deutschlands, Europas und der Welt vom Zeitalter der Revolutionen bis zur Gegenwart. Das Buch ist konsequent auf die Inhalte der gymnasialen Oberstufe ausgerichtet, damit Sie sich schnell und effektiv auf alle Prüfungen vorbereiten können.

- Alle prüfungsrelevanten Unterrichtsinhalte sind fast immer auf zwei Seiten verständlich erklärt, um ein Höchstmaß an Übersichtlichkeit und schneller Orientierung zu gewährleisten.
- Die Kapitel sind in gut lernbare Abschnitte gegliedert, wobei zentrale Begriffe oder Definitionen farblich hervorgehoben sind, damit Sie das Allerwichtigste auf einen Blick wiederholen können.
- Zudem werden wichtige Inhalte durch zusammenfassende Schaubilder ergänzt und die räumliche Ein- und Zuordnung der Fakten und Entwicklungen durch Karten erleichtert.

Die klare Struktur, die Grafiken und Karten machen das Buch zur idealen Hilfe bei der schnellen Klärung von Begriffen, der zielorientierten Wiederholung der Unterrichtsinhalte und der effektiven Vorbereitung auf Klausuren und das Abitur.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß bei der Arbeit mit dem Buch und vor allem viel Erfolg bei der Anwendung Ihrer Kenntnisse und Ihres Könnens!



Ulrich Winkler

Deutschland und Europa zwischen Demokratie und Diktatur

Der Erste Weltkrieg hatte Europa grundlegend verändert. Die Verliererstaaten empfanden die Friedensbedingungen des **Versailler Vertrags als Diktat**. Die territorialen Abtretungen, der politische Bedeutungsverlust und die wirtschaftlichen Folgen belasteten vor allem die noch junge Demokratie von Weimar. Die Unfähigkeit des politischen Systems, die Krisen infolge des Kriegs zu bewältigen, offenbarte Schwächen der Reichsverfassung, schürte die Unzufriedenheit der Bevölkerung und führte zu einer Hinwendung zu extremen Ideologien. Die **Weimarer Republik** scheiterte nach nur knapp 15 Jahren und musste dem aufkommenden Nationalsozialismus weichen.

Nach der **Machtübertragung an Hitler** setzte das NS-Regime zu einer totalen Erfassung aller Lebens- und Politikbereiche an. Das von der Propaganda vermittelte Gemeinschaftsgefühl, die wirtschaftliche Scheinerholung durch Aufrüstung und die brutale Unterdrückung jeglicher Kritik erklärten den hohen Grad an Zustimmung, den das NS-Regime erfahren hat. Im Ausland hinderten Kriegserfahrungen und Nachgiebigkeit eine frühzeitige und erfolgreiche Bekämpfung des NS-Staates. Erst als die Revision von Versailles in den Angriffskrieg gegen Polen den deutschen Expansionismus hatte zutage treten lassen, reagierte Europa mit Widerstand. Ab 1941 dominierte der von Hitler entfachte Eroberungs- und Vernichtungsfeldzug gegen die Sowjetunion alle militärischen Überlegungen. Im Osten wurde die **Vernichtung der europäischen Juden**, langfristig vorbereitet, in die Tat umgesetzt. Erst nach Jahren eines grausamen und auf beiden Seiten erbittert geführten Kriegs gelang ab 1944 der Anti-Hitler-Koalition die Befreiung Europas und schließlich auch Deutschlands. Am Ende des **Zweiten Weltkriegs** hatten sich die **USA** nach ihrem Sieg über **Japan** als weltweite Groß- und Führungsmacht etabliert, die allein in der Lage war, den Vormarsch des sowjet-russischen Einflusses zu stoppen.

1 Die Weimarer Republik

1.1 Der Zusammenbruch der Mittelmächte und der Übergang zur Weimarer Republik

Anfang 1918 war die **militärische Lage aussichtslos**. Die Oberste Heeresleitung (OHL) mit Hindenburg und seinem Stabschef Ludendorff mobilisierte im Stil einer Militärdiktatur alle Kräfte des Deutschen Reichs für den Krieg, aber Erfolge waren ausgeblieben. Zudem war die Versorgungslage unzureichend.

Auch die letzte deutsche Großoffensive im Frühjahr 1918 hatte die Ziele verfehlt. Der alliierte Gegenangriff im Sommer 1918 brach den Widerstandswillen der deutschen Soldaten, der britische Panzerangriff bei Amiens wurde zum „Schwarzen Tag des deutschen Heeres“ (8.8.). Auch die Verbündeten Österreich-Ungarn und Türkei standen vor dem Zusammenbruch, Bulgarien bat um Waffenstillstand (25.9.). Ludendorff verlangte von den Politikern, einen **sofortigen Waffenstillstand** zu schließen.

Die Parlamentarisierung des Reichs

Ein Waffenstillstand auf der Grundlage der „14 Punkte“ Wilsons erforderte die **Parlamentarisierung** des Reichs. Den ersten Schritt hatte ein Interfraktioneller Ausschuss aus Zentrum, Fortschrittspartei und MSPD mit einer **Friedensresolution** unternommen (19.7.1917). Die Parlamentarisierung im Oktober 1918 hatte weitere Gründe:

- Vermeidung einer „Revolution von unten“ wie in Russland durch die „Revolution von oben“;
- Abwälzen der Verantwortung für die Niederlage auf die Politiker; damit konnten die Militärs behaupten, das Heer sei unbesiegt geblieben, aber die Heimat sei der kämpfenden Truppe in den Rücken gefallen („**Dolchstoßlegende**“).

Am 3.10.1918 ernannte Wilhelm II. Prinz Max von Baden zum Reichskanzler. Er bildete die erste parlamentarische Regierung des Reichs aus MSPD, Zentrum und Fortschrittspartei. Die November-Revolution verhinderte die Umsetzung der neu erarbeiteten Verfassung (28.10.1918, „Oktober-Verfassung“). Sie war aber ein wichtiger Schritt zur parlamentarischen Demokratie der Weimarer Republik.

Die November-Revolution

Trotz des Eingeständnisses der militärischen Niederlage befahl die Marineleitung das Auslaufen der Flotte. Die Matrosen weigerten sich, ein Matrosenrat übernahm in Wilhelmshaven die Macht (5. 11.). Der Matrosenaufstand griff auf andere Hafen- und Industriestädte über.

Arbeiter- und Soldatenräte forderten ein sofortiges Kriegsende und die Abdankung des Kaisers. Um zu verhindern, dass nach der Flucht Wilhelms II. ins belgische Spa und dem Sturz der Wittelsbacher Dynastie in München (7. 11.) Radikale die Macht ergriffen, forderten die Führer der SPD die Übernahme der Regierungsgewalt.

Am 9. 11. 1918 übertrug Reichskanzler von Baden die Regierung an Friedrich Ebert (MSPD) und verkündete die **Abdankung des Kaisers**. Die **Proklamierung der Republik** erfolgte zweimal: Zunächst durch Scheidemann (SPD), wenige Stunden später durch Liebknecht (Spartakusbund) als sozialistische Republik. Jeweils drei Vertreter von MSPD und USPD bildeten eine provisorische Regierung („Rat der Volksbeauftragten“) und schlossen **Waffenstillstand** (Compiègne, 11. 11.).

Ebert wollte die Einheit der Arbeiterbewegung wiederherstellen und linksradikale Gruppen isolieren. Es gab aber gravierende Differenzen über das weitere Vorgehen:

- Die MSPD wollte einen geordneten Übergang zu neuen Verhältnissen. Ebert vereinbarte mit der OHL, das Militär zur Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung einzusetzen („Ebert-Groener-Pakt“, 10. 11.). Zunächst sollte eine **Nationalversammlung** gewählt werden, die über die künftige Staatsform entscheide. Die bisherigen Mehrheitsparteien des Reichstags (Zentrum, Fortschrittspartei, SPD) sollten die Übergangsregierung bilden.
- Die USPD und besonders der Spartakusbund strebten eine grundlegende revolutionäre Umgestaltung an, eine **Räterepublik** nach russischem Vorbild. Alle Macht im Staat sollte auf die Arbeiter- und Soldatenräte übergehen, ein Zentralrat sollte die oberste Gewalt ausüben.

Die Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte votierte für die Nationalversammlung und damit für das **parlamentarische System**. Nach dem Einsatz von Militär gegen aufständische Matrosen in Berlin verließen die USPD-Mitglieder den Rat der Volksbeauftragten (29. 12.). Den so genannten Spartakus-Aufstand (Januar 1919) ließ der Volksbeauftragte Noske (MSPD) durch Freikorps niederschlagen. Die Spartakus-Führer Liebknecht und Luxemburg wurden dabei ermordet.

1.2 Die Neuordnung Europas

Am 18. 1. 1919 traten Delegationen aus 32 Ländern zur Pariser Friedenskonferenz zusammen. Vertreter der ehemaligen Feindmächte waren nicht zugelassen. Auch das bolschewistische Russland war wegen des Bürgerkriegs nicht vertreten. Der „Rat der Vier“ (USA, Großbritannien, Frankreich, Italien) traf die zentralen Entscheidungen. Das von US-Präsident Wilson postulierte Selbstbestimmungsrecht der Völker wurde zum zentralen Punkt der Beratungen, über seine Umsetzung gingen die Ansichten aber weit auseinander:

Die Interessen der Siegermächte

Frankreich

- Sicherheit durch dauerhafte Schwächung Deutschlands
- Hegemonie in Europa
- Stärkung Polens gegen Deutschland und Russland

USA

- kollektive Friedenssicherung durch Einrichtung des Völkerbunds
- Rückzahlung der an die Alliierten vergebenen Kriegskredite

Großbritannien

- geringe Schwächung bzw. Isolierung Deutschlands
- „balance of power“ gegen französische Hegemonie
- Abwehr des expansiven Bolschewismus

Wilson erreichte die Gründung des **Völkerbundes** am 28. 4. 1919. Ihm gehörten die 32 Siegermächte und 13 neutrale Staaten an. Die besiegten Nationen durften vorerst nicht beitreten. Der Völkerbund konnte sein Hauptziel, Abrüstung und friedliche Beilegung von Konflikten, nicht verwirklichen, erst 1928 wurde im Briand-Kellogg-Pakt der Krieg für völkerrechtswidrig erklärt. Seine Erfolge lagen zunächst im Mandatssystem: Danach wurden Territorien des Deutschen bzw. Osmanischen Reichs nicht sofort in die Unabhängigkeit entlassen, sondern unter die Aufsicht eines damit beauftragten Völkerbundsmitglieds gestellt.

Die Pariser Vorortverträge

Das Ergebnis der Pariser Konferenz war ein Vertragsgebäude mit Statuten, Grenzverträgen, Wirtschaftsvereinbarungen, Garantie- und Schutzpakten. Es bestand aus den so genannten Vorortverträgen von **Ver-sailles** (28. 6. 1919 mit Deutschland), **St. Germain** (10. 9. 1919 mit Österreich), **Trianon** (4. 6. 1920 mit Ungarn), **Neuilly** (27. 11. 1919 mit Bulgarien) und **Sèvres** (10. August 1920 mit der Türkei).

Der Versailler Vertrag mit dem Deutschen Reich

Besonders hart waren die **territorialen Bestimmungen**: Im **Osten** wurde der größte Teil der Provinzen Posen und Westpreußen ohne Abstimmung der Bevölkerung an Polen abgetreten, das damit Zugang zur Ostsee erhielt. Danzig wurde „Freie Stadt“ unter dem Schutz des Völkerbundes. Das Deutsche Reich musste das Hultschiner Ländchen an die Tschechoslowakei, das Memelgebiet an die Alliierten abtreten.

Im **Westen** fiel Elsass-Lothringen an Frankreich und Eupen-Malmedy an Belgien. Das Saargebiet wurde für 15 Jahre dem Völkerbund unterstellt. Die Verfügungsgewalt über die Kohlegruben erhielt Frankreich. Das Rheinland wurde „entmilitarisiert“. Das linksrheinische Gebiet blieb zwar Teil Deutschlands, stand aber unter militärischer Kontrolle der Franzosen. Nordschleswig wurde nach einer Volksabstimmung dänisch. Deutschland verlor außerdem alle Kolonien und musste das Vereinigungsverbot mit Österreich akzeptieren.

Zudem wurde Deutschland **entmilitarisiert**: Alle Waffen mussten ausgeliefert werden, die Stärke des Heeres und der Marine wurden stark begrenzt. Die Wehrpflicht wurde verboten, Luftwaffe und Unterseeboote durften nicht unterhalten werden, die Flotte war auszuliefern und alle Festungen zu schleifen.

Der **„Kriegsschuldartikel“** (Art. 231) machte Deutschland als Urheber des Kriegs für alle Schäden verantwortlich und sollte dazu dienen, alle Wiedergutmachungsleistungen rechtlich zu begründen. Die Höhe der Reparationen blieb solange offen, weil die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands nicht feststand. Reparationskommissionen sollten eingesetzt werden, um die jährlichen Zahlungen festzulegen.

Der Vertrag wurde der deutschen Delegation am 7. 5. 1919 ausgehändigt, ein Einspruchsrecht gab es nicht. Besonders die Gebietsabtretungen und die Zuweisung der Kriegsschuld trafen in Deutschland auf Ablehnung. Erst die Drohung der Siegermächte, die Kampfhandlungen wieder aufzunehmen, zwang zur Unterzeichnung des Vertrags (28. 6. 1919).

Die Friedensbedingungen waren zwar hart, aber das Deutsche Reich blieb weitgehend erhalten. Innerhalb weniger Jahre erlangte es seine Großmachtstellung zurück. Dennoch belasteten die Bestimmungen von Versailles die Republik erheblich. Die Befürworter des neuen Staates waren als „Erfüllungspolitiker“ den Versuchen von rechts und links, den Staat zu zerschlagen, ausgesetzt. Die schnelle **Revision des Vertrags** wurde bald Hauptziel deutscher Außenpolitik.



© **STARK Verlag**

www.stark-verlag.de
info@stark-verlag.de

Der Datenbestand der STARK Verlag GmbH ist urheberrechtlich international geschützt. Kein Teil dieser Daten darf ohne Zustimmung des Rechteinhabers in irgendeiner Form verwertet werden.

STARK